Ein markantes Zeichen der ‚Herrschaftssprache' ist es, dass sie versucht, Herrschaft und Machtverhältnisse zu verschleiern. Dies gelingt ihr auf verschiedenen Wegen. Wie der Kulturwissenschaftler **Falko Schmieder** im Interview mit den NachDenkSeiten aufzeigt, besteht ein Weg der Verschleierung von Herrschaft darin, Wörter zu gebrauchen, in denen die handelnden Akteure nicht mehr vorkommen. Anders gesagt: Durch eine entsprechende Sprache werden die Akteure, die konkrete, oft weitreichende politische Entscheidungen treffen, unsichtbar gemacht. Ein Interview über Herrschaft, Sprache und den Umgang von Journalisten mit der Herrschaftssprache. Das Interview führte **Marcus Klöckner**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/180223_Mit_Sprache_Herrschaft_verschleiern_und_verklaeren_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Diese handelnden Personen werden ersetzt durch Begriffe, denen sprachlich ein Eigenleben eingehaucht wird. „Markt" oder „Globalisierung" sind zwei solche Wörter, auf die Schmieder näher eingeht. Wenn, wie so oft, davon die Rede ist, dass „der Markt etwas regelt" oder, dass „die Globalisierung es erforderlich macht", dann wird deutlich: Die Wörter Markt und Globalisierung sind eben gerade keine handelnden Akteure. Sie leben nicht. Sie dienen, so wie sie gerade im neoliberalen Geist gebraucht werden, der Verschleierung von Herrschaft.

Angemerkt sei an dieser Stelle: Die NachDenkSeiten machen schon seit ihrer Gründung immer wieder darauf aufmerksam, welchen weitreichenden Schaden eine manipulative Sprache, die von Politik und Medien transportiert wird, anrichten kann. Aus diesem Grund betreiben die NachDenkSeiten immer wieder „Sprachkritik". Es gilt, Mediennutzer gegenüber der Herrschaftssprache zu sensibilisieren, damit das, was sie verschleiern will, schneller durchschaut werden kann.
Verwiesen sei hier auch auf das Buch von Albrecht Müller „Die Reformlüge. 40 Denkfehler, Mythen und Legenden, mit denen Politik und Wirtschaft Deutschland ruinieren", worin der Herausgeber der NachDenkSeiten sich ebenfalls intensiv mit der neoliberalen Sprache auseinandersetzt.

Herr Schmieder, Macht und Herrschaft zeigen sich oft auch in der Sprache. Was sind Ihre Beobachtungen?

Gesellschaftliche Verhältnisse, also auch Herrschafts- und Machtverhältnisse, drücken sich in der Sprache aus und werden durch Sprache reproduziert. Sie werden aber auch sprachlich verschleiert und unkenntlich gemacht. Sprachanalyse und Sprachkritik sollten deshalb ein integraler Bestandteil einer kritischen Beschäftigung mit unserer Gegenwart sein.

Als Begriffsgeschichtsforscher interessieren Sie sich aber auch für die historischen Dimensionen der Sprache.

Das ist richtig; die Begriffsgeschichte untersucht den historischen Bedeutungswandel. Das macht sie aber nicht zu einer antiquarischen Disziplin. Methodisch wie funktional ist sie in vielfacher Weise auf die Gegenwart bezogen, zu deren historischer Selbstaufklärung sie beitragen kann.

Inwiefern?

Indem sie zeigt, welche unterschiedlichen Bedeutungen ein Wort historisch angenommen hat, kann sie aufklärerische, auch ideologiekritische Effekte erzeugen, weil sie den Schein von Begriffskonstanz auflöst. Sie schärft das Bewusstsein für die Differenz des gegenwärtigen und historischen Gebrauchs der Begriffe. Die Begriffsgeschichte macht zudem sichtbar, wie politische Begriffe, die wesentlich durch ihre Umstrittenheit gekennzeichnet sind, im gesellschaftlichen Diskurs strategisch verwendet und welche aus der Geschichte stammenden Konnotationen dabei in Dienst genommen werden.

Was hat die Begriffsgeschichte zu den Entwicklungen der letzten Jahre und Jahrzehnte zu sagen? Lassen sich übergreifende Veränderungsmuster oder spezifische Tendenzen erkennen?

Die Begriffsgeschichte der Gegenwart oder die Erforschung der Zeitgeschichte der Begriffe ist ein spannendes Feld. In den Diskussionen über die Entwicklung politisch-sozialer Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts sind eine Vielzahl von Begriffen vorgeschlagen worden, um grundlegende Transformationsprozesse des Vokabulars zu erfassen. Dazu gehören unter anderem die Begriffe Verwissenschaftlichung, Technisierung, Anglisierung, Ökonomisierung oder Kulturalisierung. An der Vielzahl sehen Sie schon, dass es sich um komplexe Veränderungsprozesse handelt. Ein übergreifender Nenner für die Entwicklungen seit den 1970er Jahren wäre der Begriff der Neoliberalisierung.

Dieser Begriff erfasst die vorherrschende Ideologie unserer Zeit. Wie lässt sie sich näher charakterisieren? Welche Sprache zeichnet diese Ideologie konkret aus?

In ganz allgemeiner Form lässt sich der Neoliberalismus als Oberbegriff für einen Gesellschaftsentwurf betrachten, der für Privatisierung und einen marktradikalen Kapitalismus steht. Dies drückt sich sprachlich in der ökonomisierenden Sichtweise auf sämtliche Lebensbereiche aus; diese werden nach Gesichtspunkten des Marktes und der Vermarktung, der Effizienz, Konkurrenz, der Verwertbarkeit oder der Gewinnmaximierung betrachtet. Besonders krasse Beispiele sind in den vergangenen Jahren von der sprachkritischen Aktion „Unwort des Jahres“ herausgehoben worden, wie etwa die Begriffe Humankapital, Anschlussverwendung, Langlebigkeitsrisiko, Todesfallbonus oder überkapazitäre Mitarbeiter.

Das sind in der Tat extreme Beispiele. Es gibt aber sicher viele andere alltäglichere Ausdrücke, an denen die Dominanz des neoliberalen Denkens und Sprechens zum Ausdruck kommt. Welche neoliberalen Begriffe fallen Ihnen da besonders auf?

Als erstes nennen möchte ich den Begriff des Marktes. Er hat eine ungeheure Verbreitung gefunden und ein sehr differenziertes Sinnfeld gewonnen, das sich in zahlreichen Komposita und Nachbarbegriffen ausdrückt – dazu gehören unter anderem die Begriffe Wettbewerb, Flexibilität, Kreativität, Innovation, Eigenverantwortung, Reform oder Deregulierung.

Könnten Sie für uns exemplarisch einmal den ein oder anderen neoliberalen Begriff einer Kurzanalyse unterziehen? Beginnen wir mit dem Begriff „Markt“. Wo liegt das Problem mit ihm?

In vielen Diskursen kommt dem ‚Markt‘ eine Schlüsselrolle zu, wobei auffällt, dass er dabei oft als eine Art eigenmächtig handelndes Subjekt dargestellt wird. Sie kennen aus Rundfunkbeiträgen oder aus Zeitungsartikeln die Wendungen, dass die Märkte unruhig sind, dass sie nervös und manchmal auch freundlich reagieren, oder dass bestimmte Ereignisse von den Märkten bestraft oder auch mit Erleichterung aufgenommen werden. In diesen Darstellungen verschwinden die handelnden Akteure und deren jeweilige Interessen, das Marktgeschehen erscheint als ein unantastbares Naturschicksal. Dezidiert politische Fragen, wie die nach der Gestaltung bzw. Gestaltbarkeit, der Verantwortung, den gesellschaftlichen Alternativen, den Entwicklungszielen usw. geraten so aus dem Blickfeld. Das ist umso problematischer, als die entfesselte Wachstumslogik in immer katastrophalere Situationen hineinführt.

Ist das nicht ähnlich wie mit dem Begriff der Globalisierung?

Ja, es gibt viele Gemeinsamkeiten. Auch dieser Begriff legt nahe, dass sich der Prozess als ein unaufhaltsam wirkender Zwang, nach Art eines Naturgesetzes vollzieht, dem sich

niemand zu entziehen vermag. Die Schlagformel dieser Sichtweise lautet: Es gibt keine Alternative. Das Wort alternativlos suggeriert, dass es bei einem Entscheidungsprozess von vornherein keine anderen Optionen oder Möglichkeitsspielräume und damit auch keine Notwendigkeit der Diskussion und Argumentation gibt. Wer die Globalisierung oder einzelne ökonomische und politische Entscheidungen unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus als alternativlos darstellt, der verdeckt darüber hinaus, dass die vermeintlichen Sachzwänge, die durchaus bestehen, selber das Produkt politischer Entscheidungen sind: sie wurden politisch gewollt und durchgesetzt, und selbstverständlich können sie auch wieder verändert werden. Auf diesen Aspekt zielen die sogenannten Globalisierungskritiker, deren Parole lautet: „Eine andere Welt ist möglich." Wenn die Globalisierung, oder neuerdings die Digitalisierung, als unausweichliches Schicksal dargestellt wird, dann werden damit gerade die darin angelegten politischen Strategien und die möglichen alternativen Entwicklungswege verdeckt, was auch zur Entpolitisierung beiträgt. Oft wird der Begriff der Globalisierung auch als Chiffre für Kapitalismus verwendet. Er hat dann die Funktion, von einer als problematisch oder diskreditiert angesehenen Wirtschaftsform abzulenken; zugleich wird damit der Begriff der Globalisierung negativ aufgeladen oder dämonisiert, weil er das auf den Kapitalismus gerichtete Wutpotenzial erbt. Kapitalismuskritiker werden dann in einer falschen Verallgemeinerung zu Globalisierungsgegnern gemacht.

Wie steht es mit dem Begriff der Reform?

Der Begriff der Reform wurde vor allem seit den 1990er Jahren im Zusammenhang mit der Kritik am traditionellen Wohlfahrtsstaat zu einer Art Kampfbegriff. Das Standardargument war, dass der Wohlfahrtsstaat unter den Bedingungen der Verschärfung der globalen Konkurrenz nicht mehr zeitgemäß sei und dringend reformiert werden müsse. Das Ziel war der Abbau von Hindernissen und Einschränkungen des Wettbewerbshandelns und der ökonomischen Effizienz. In historischer Perspektive zeigt sich, dass sich der neoliberale Schlüsselbegriff der Reform der Strategie der Umwertung eines ehemals kritischen Schlagwortes verdankt – man könnte von einer gelungenen feindlichen Übernahme sprechen.

Anfang der 1970er Jahre war das aber noch anders.

Ja, damals stand das Wort Reform nämlich noch für den Versuch der Überwindung verknöcherter autoritärer Strukturen, konservativer Satzungen und Pflichtvorstellungen. Nach der neoliberalen Indienstnahme wird er zur Chiffre eines ökonomischen und politischen Aufbruchs und Neuanfangs, dem es nun umgekehrt um die Rückgängigmachung der früheren sozialpolitischen Reformen geht. Als konservativ und überholt gilt nun alles,

was sich der gebotenen ökonomischen Flexibilisierung widersetzt. Da der Begriff Reform allgemein positiv interpretiert und mit Modernisierung, Fortschritt und gesellschaftlichem Wohlstand in Zusammenhang gebracht wird, konnte die Metapher ‚Reformstau' so wirkungsvoll und populär werden. Wer sich den Reformen widersetzte, wurde als Reformblockierer oder Reformverweigerer bezeichnet. Hervorzuheben ist, dass sich diese Umwertung des Reformbegriffs nicht in einen einfachen Parteiengegensatz auflösen lässt; vielmehr ist es so, dass sich gerade die SPD mit der Agenda 2010 dem neuen Reformkonzept verschrieben hat.

Die Einführung und Durchsetzung des neuen Reformbegriffs ging zugleich mit der Umwertung der Bedeutung weiterer Zentralbegriffe der 1970er Jahre einher, etwa dem der Solidarität. Ein einschlägiges Beispiel ist die von Kanzlerin Merkel auf einer CDU-Veranstaltung am 29. Januar 2011 vorgetragene griffige Formel, Solidarität dürfe es nicht zum Nulltarif geben. Die Verknüpfung der Haltung der Solidarität mit ökonomischen Erwägungen und die Bindung von Solidarität an ‚Entgegenkommensleistungen' stellen eine typische neoliberale Umwertung der traditionellen Solidaritätsidee dar.

Die Sprache des Neoliberalismus ist aber auch von Anglizismen geprägt, also Ausdrücken aus der englischen Sprache – ein Begriff, den Sie am Anfang bereits im Zusammenhang der Analysen der Gegenwartssprache erwähnt hatten.

Ja, die Anglisierung ist ein markanter Zug. Unsere Gegenwartssprache weist eine Fülle von englischen Ausdrücken auf, die vor allem durch Prozesse der Globalisierung und Technisierung, durch den Einfluss der Unterhaltungsindustrie und Populärkultur und die Übernahme des Vokabulars der amerikanischen Unternehmenskultur aufgekommen sind. Das Englische ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu einer Weltsprache geworden und das hat natürlich auch Rückwirkungen auf die anderen Sprachen.

Was bewirken die Anglizismen? Welche Probleme bringen sie mit sich?

Das lässt sich nicht pauschal beantworten. Politische Sprachanalysen zeigen aber, dass Anglizismen auch zur Verschleierung oder Verklärung von Herrschaftsverhältnissen genutzt werden. Beispiele hierfür wären etwa die Begriffe austerity, bail-out, outsourcing oder public-private-partnership. Manche Ausdrücke ersetzen deutsche Äquivalente, die einen negativen Beiklang haben oder um damit bezeichnete Phänomene in einem besseren Licht erscheinen zu lassen. So wurde aus dem Arbeitsamt das Jobcenter, aus dem Arbeitsvermittler der Fallmanager, und der Hausmeister darf sich jetzt Facilitymanager nennen, womit er zumindest auf der symbolischen Ebene eine Aufwertung erfährt. Alle diese Ausdrücke haben eine technokratische Note. Asymmetrische Beziehungen erscheinen

in vermeintlich wertneutralen technischen oder wissenschaftlichen Begriffen und werden damit tendenziell der politischen Debatte entzogen. Mit der Verwendung solcher Begriffe kapselt sich die Politik von den Aufklärungsinteressen der Öffentlichkeit ab; sie wird intransparent und zieht sich quasi in sich selbst zurück. Durch das Abstraktmachen und den Anstrich der Verwissenschaftlichung werden darüber hinaus auch die semantischen Verknüpfungen mit der Alltagssprache gelockert oder ganz gekappt; es entsteht der Eindruck, dass die jeweilige Materie nur von Experten mit den entsprechenden Kompetenzen zu bewältigen ist. Die neuen Ausdrücke isolieren sich von angrenzenden Erfahrungszusammenhängen und von den vielfältigen historischen Sinndimensionen und Erfahrungsschichten, die sich mit den alten Ausdrücken verbinden. Das trägt auch zur Schwächung historischer Problemwahrnehmungen bei.

Warum ist die Sprache der Herrschaft bzw. eben auch die neoliberale Sprache so breit im öffentlichen Diskurs verankert?

Das hat viele Gründe. Einer davon ist, dass einige Leitformeln des Neoliberalismus wie Selbstverwirklichung, Eigenverantwortung, Empowerment, Unternehmensgeist, Kreativität, Partizipation oder Flexibilität ihre Wurzeln in den Kämpfen der sozialen Emanzipationsbewegungen seit den 1960er Jahren haben. Wie vor allem der Soziologe Ulrich Bröckling gezeigt hat, haben sich unter den Bedingungen des Neoliberalismus viele kritische Begriffe der Gegenkultur in institutionelle Anforderungen und normative Erwartungen verwandelt – die Subversion ist zu einer Produktivkraft geworden. Die neoliberale Aufnahme und Umlenkung des Vokabulars unkonventioneller sozialer Schichten knüpft also an reale Bedürfnisse, Ideale und Lebensentwürfe an. So kann es dann scheinen, als müssten die Menschen nicht mehr diszipliniert werden, sondern würden sich selbst verwirklichen; als müssten sie nicht angeleitet werden, sondern würden sich selbst mobilisieren. Es ist daher zu einfach, die neoliberale Wende der Gesellschaft eindimensional in Begriffen eines Verfalls traditioneller Werte zu beschreiben, nach dem Motto: früher war die Welt noch in Ordnung, oder zumindest besser, als sie heute ist. Die neuen technischen Medien etwa, die zur Individualisierung und Flexibilisierung der Arbeitswelt beigetragen haben, eröffnen durchaus auch neue Freiheitsspielräume und Artikulationsmöglichkeiten. Auch die für viele Protestkulturen gängige Sicht eines Gegensatzes zwischen denen da oben (‚den Herrschenden') und denen da unten (‚den Beherrschten') greift viel zu kurz – einmal, weil die Herrschaftsstrukturen den Einzelnen keineswegs äußerlich sind, sondern sich in ihrem Verhalten und in ihrer Sprache reproduzieren, und zum andern auch, weil Herrschaft im Kapitalismus nicht auf personale Herrschaft reduziert werden kann.

Fehlt es Journalisten an kritischer Distanz zur Herrschaftssprache?

Bei etlichen Debatten kann man diesen Eindruck bekommen. Von Journalisten ist selbstverständlich eine besondere Sensibilität für die politische Dimension der Sprache zu erwarten. Wir sollten die Frage aber nicht auf den Journalismus allein, sondern auch auf uns selbst, auf den alltäglichen Sprachgebrauch beziehen. Vielleicht ist der Begriff Herrschaftssprache bereits selbst schon problematisch, weil er nahelegt, dass es sich dabei um etwas handelt, das isoliert werden kann und mit dem eigenen Sprachgebrauch nichts zu tun hat.

Worauf sollten Bürger, die politische Diskurse verfolgen, denn im Hinblick auf die Sprache achten?

Die Bürger sind ja oft selbst in die politischen Diskurse eingebunden, direkt oder indirekt. Die ‚Herrschaftssprache', was immer das genau ist, ist ihnen nicht äußerlich, auch wenn die befremdliche Politikerfloskel von 'den Menschen da draußen' eine solche Sichtweise befestigt. Sprachkritik sollte also immer auch die Reflexion des eigenen Sprachgebrauchs einschließen. Konkret möchte ich vorschlagen, ein spezielles Augenmerk auf den Gebrauch des Wortes ‚wir' zu werfen und etwa zu fragen, welche Ein- und Ausschließungen mit diesem Kollektivpronomen jeweils vorgenommen werden, und ob die unterstellte Homogenität der Eigen- oder Fremdgruppe nicht eine realitätswidrige Vereinfachung ist.

Anmerkung: 2016 veröffentlichte Falko Schmieder im Suhrkamp Verlag das gemeinsam mit Ernst Müller verfasste Buch „Begriffsgeschichte und historische Semantik. Ein kritisches Kompendium".